



## Protokoll — 9. ordentliche Generalversammlung vom 9. April 2019, 20:00 h

### Sitzung

#### Ort

GZ Riesbach, Bühnensaal

#### TeilnehmerInnen

53 Mitglieder

#### Entschuldigt

Jacqueline Badran, Richard Bhend, Kathrin Bretschger, Doris Farner, Kaspar Gabathuler, Susanne Gysi, Heidi Kallenberger, Hans Kissling, Ruedi Meier, Ruedi Meyer, Sarah Müller, Ruth Rank, Franziska Rogner Gruenberg, Andreas Rüegg, Wiebke Rüegg-Kulenkampff, Annelies Ruoss Girod, Dorothee Schmid, Marianne Schwarzmann, Ueli Schwarzmann

#### Leitung

Ivo Bieri

#### Protokoll

Eveline Zwahlen

### Begrüssung

Ivo Bieri begrüsst die anwesenden Genoss\*innen, speziell die beiden Stadträte Raphael Golta und André Odermatt. Helen Glaser lässt das Referendum für den Rosengartentunnel zirkulieren.

### Wahl der Stimmzähler\*innen und der Protokollführer\*in

Es werden folgende Personen von der GV bestimmt:

- Stimmzähler\*innen: Manon von Heeren (Vorstand und Block bei Tür) und Isabel Bartal (Block bei Fenster)
- Protokollführerin: Eveline Zwahlen

### Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### Abnahme des Protokolls der Generalversammlung der SP 7 und 8 vom 5. April 2018

Das Protokoll wird per Akklamation abgenommen. Vielen Dank an Ivo Braunschweiger für die Protokollierung.

### Abnahme der Jahresberichte

Die Jahresberichte sind online auf der Homepage einsehbar. Einige Exemplare der jeweiligen Jahresberichte liegen ausgedruckt auf dem Tisch beim Vorstand auf.

Ivo Bieri erläutert kurz den Jahresbericht aus dem Vorstand. Eine Herausforderung, die die Sektion mittelfristig angehen muss, ist die frühzeitige Rekrutierung von motivierten und geeigneten Kandidat\*innen für die verschiedenen Gremien, vor allem für die Kreisschulbehörde.

Ivo Bieri bedankt sich bei Michi Bieri für sein Engagement im Wahlkampf als Wahlkampfleiter.



Thomas Eichenberger ergreift kurz das Wort und erzählt aus der Arbeit in der Kreisschulbehörde. Er greift auch nochmals das von Ivo Bieri bereits aufgeworfene Anliegen auf, dass sich die Sektion genügend früh Gedanken über die Nachfolge von abtretenden Kreisschulbehördenmitgliedern machen muss.

Marco Gitermann ergreift ebenfalls kurz das Wort und verweist auf den von ihm verfassten Jahresbericht der linken Fraktion der Kreisschulbehörde Zürichberg. Er wird in der nächsten Legislatur nicht mehr zur Verfügung stehen. Gerade auch deshalb verweist er auf die Nachfolgethematik. Ebenfalls ein Anliegen ist die prekäre Raumsituation, die im Schulkreis Zürichberg besteht. Marco Gitermann spricht sich dafür aus, dass die Kreisschulbehörde nach wie vor wichtige Arbeit leistet und ihre Arbeit ernst genommen werden soll und muss.

Jean-Daniel Strub ergreift das Wort. Er macht seit 10 Jahren im Gemeinderat Schulpolitik. Die Motion, die sich für das Überdenken der Struktur, aber nicht für die Schwächung der Schulbehörde einsetzt, wurde im Gemeinderat mit einer Mehrheit angenommen. Er wünscht sich, dass die Mitglieder der Sektion mit den Gemeinderät\*innen auch zu diesem Thema in Austausch kommen. Marco Gitermann entgegnet, dass in der Stadt die Motion um Schwächung der Schulbehörde zwar abgelehnt wurde. Aber dasselbe Thema wird nun im Kanton aufgegriffen.

**Die Jahresberichte werden genehmigt und den Berichtersteller\*innen wird gedankt.**

### **Abnahme der Jahresrechnung und des Revisionsberichts**

Paul Sprecher beantwortet Fragen zur Erfolgsrechnung. Die Bilanz weist einen Reinverlust von CHF 872.79 auf, welcher der Schulpräsidiumswahl geschuldet ist.

Felix Stamm erläutert den Revisionsbericht, der wiederum positiv ausfällt. Er bedankt sich bei Paul Sprecher für die gute Buchführung und empfiehlt der GV, die Jahresrechnung anzunehmen. Die Jahresrechnung wird einstimmig angenommen.

Die Mitgliederbewegungen seit der letzten GV:

▪ Anfangsbestand	271
▪ Eintritte	25
▪ Übertritte aus anderen Sektionen	6
▪ Übertritte in andere Sektionen	-5
▪ Austritte	-10
▪ Todesfälle	keine
▪ Endbestand	287

Ivo Bieri lädt die anwesenden Neumitglieder und neu Übergetretenen ein, sich kurz vorzustellen. Adrian Stecher, Nicole Nickerson, Michael Olivo, Nicola Hajdin, Benjamin Gertsch und Duresa Kelmendi nutzen die Gelegenheit und stellen sich vor. Ivo Bieri heisst sie herzlich willkommen.

### **Entlastung der Mitglieder des Vorstandes**

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.



## Ehrungen

Dieses Jahr werden folgende Jubilar\*innen geehrt:

- 50 Jahre Mitgliedschaft
  - Hans Kissling
- 40 Jahre Mitgliedschaft
  - Beat Honegger
  - Doris Farner
- 25 Jahre Mitgliedschaft
  - Felix Stamm
  - Martin Kayser
  - Miriam Lautenschläger
  - Regula Häberli
  - Sarah Müller
  - Ruth Rank
  - Jacqueline Badran
  - Philippe Ernst
  - Kaspar Gabathuler

Beat Honegger, Felix Stamm, Martin Kayser, Miriam Lautenschläger, Regula Häberli und Philippe Ernst sind anwesend: ihnen wird ein Geschenk überreicht und es wird applaudiert. Sie erhalten jeweils kurz das Wort.

## Wahlen Vorstand

- Ivo Bieri, Paul Sprecher und Eveline Zwahlen kündigen an, dass sie nicht wieder zur Wahl antreten.
- Ivo Bieri bedankt sich bei Eveline Zwahlen für ihr Engagement im Vorstand.
- Marianne Aubert ergreift das Wort und hält eine kurze Rede über Paul Sprechers Werdegang im SP Vorstand und würdigt seine langjährige Arbeit.
- Paul Sprecher ergreift kurz das Wort.
- Dominique Jaussi übergibt das Wort an Jean-Daniel Strub, der einige würdigende Worte über Ivo Bieri äussert.
- Ivo Bieri ergreift kurz das Wort.

## Präsidium bzw. Co-Präsidium

Für das Präsidium, das bisher durch Ivo Bieri besetzt wurde, stellen sich Ivo Braunschweiger und Dominique Jaussi als Co-Präsidium zur Wahl. Sie stellen sich und ihre Motivation für das Co-Präsidium kurz vor.

**Dominique Jaussi und Ivo Braunschweiger werden per Akklamation als neue Co-Präsidenten gewählt.**

## Kassier\*in

Paul Sprecher, der bisherige Kassier, tritt aus dem Vorstand aus und gibt deshalb sein Amt als Kassier ab. Zur Wahl als neue Kassierin stellt sich Marianne Aubert, die im letzten Jahr von Paul Sprecher über die Buchhaltungssysteme und Kontoführungen unterwiesen wurde. Marianne Aubert ergreift kurz das Wort.

**Marianne Aubert wird per Akklamation als Kassierin gewählt.**



---

### Weitere Vorstandsmitglieder

Zur Wahl in den Vorstand stellen sich im Weiteren:

- Angelica Eichenberger (bisher)
- Manon von Heeren (bisher)
- Benjamin Gertsch (neu)
- Nicole Nickerson (neu)

Benjamin Gertsch und Nicole Nickerson ergreifen kurz das Wort.

**Auch diese vier Vorstandsmitglieder werden per Akklamation gewählt.**

---

### Städtischer Parteivorstand

Gemäss Statuten der SP Stadt Zürich (Art. 9, Abs. 1) ist die gewählte Präsidentin/der gewählte Präsident von Amtes wegen delegiert.

---

### Wahl Revisionsstelle

- Zur Wahl stellen sich erneut Marianne Schwarzmann und Felix Stamm.
- Als Ersatz-Revisor stellt sich Werner Kallenberger ebenfalls erneut zur Verfügung.

**Sie werden per Akklamation gewählt.**

---

### Wahlen Delegierte sowie der Stellvertreter\*innen

- Städtische Delegierte: 16 Personen
  - Marianne Aubert
  - Ivo Braunschweiger
  - Angelica Eichenberger
  - Simone Feuerstein
  - Esther Freitag
  - Benjamin Gertsch
  - Helen Glaser
  - Werner Kallenberger
  - Sofia Karakostas
  - Miriam Lautenschläger
  - Michael Olivo
  - Catherine Pelli
  - David Rüegg
  - Robin Weisser
  - Peti Wiskemann
  - Eva-Maria Würth
- Ersatz
  - Stephanie Giger-Reich
  - Nikola Hajdin
  - Catherine Heuberger Golta
  - Nicole Nickerson
  - Martin Sarbach
  - Felix Stamm
  - Margrith Wacker



- Kantonale Delegierte: 7 Personen
  - Sofia Karakostas
  - Dominique Jaussi
  - Werner Kallenberger
  - Miriam Lautenschläger
  - Nicole Nickerson
  - Jean-Daniel Strub
  - Manon von Heeren
- Ersatz
  - Marianne Aubert
  - Ivo Braunschweiger
  - Benjamin Gertsch
  - Helen Glaser
  - Catherine Heuberger Golta
  - Stephanie Giger-Reich
  - Michael Olivo
  - Catherine Pelli
  - David Rüegg
  - Robin Weisser
  - Eva-Maria Würth
  
- Nationale Delegierte: 1 Person
  - Eva-Maria Würth
- Ersatz
  - Ivo Braunschweiger
  - Stephanie Giger-Reich
  - Werner Kallenberger

---

### **Festsetzung der Mitgliederbeiträge und der Behördenmitgliedsteuer**

Der Vorstand beantragt, die Mitgliederbeiträge unverändert zu lassen. Hierzu gibt es keine abweichenden Anträge. Der unveränderten Skala wird einstimmig zugestimmt.

Der Vorstand beantragt, die Behördenmitgliedsteuer bei 10% zu belassen. Es gibt keine weiteren Anträge. Dem unveränderten Steuersatz wird einstimmig zugestimmt.

---

### **Verabschiedung des Budgets**

- Paul Sprecher erläutert kurz seine Einschätzungen für das kommende Jahr. Der Posten „Volksabstimmungen“ ist lediglich eine Schätzung, da nicht vorausgesehen werden kann, wie viele städtische Volksabstimmungen es geben wird.
- Catherine Pelli macht einen Vorschlag für Öffentlichkeitsarbeit: Die FDP hat einen Brief an alle Quartierbewohner\*innen verschickt. Sie wünscht sich, dass die SP 7&8 ebenfalls einen Brief an die Quartierbewohner\*innen schreibt.
- Catherine Heuberger Golta fragt an, ob berücksichtigt wurde, dass wir jetzt nur noch einen Kantonsratssitz haben. Paul Sprecher antwortet, dass dies nicht berücksichtigt wurde, dass aber die Behördenmitgliedsteuer stets vorsichtig geschätzt wird.
- Michi Bieri beantragt, dass die Rückstellungen für die Wahlen Kantonsrat erhöht werden, weil die Diskrepanz zu den Wahlen Gemeinderat nicht gerechtfertigt sind, u.a. weil einige Ausgaben (bspw. Versand, Inserate) gleich bleiben, egal ob 6 oder 15 Kandidat\*innen. Isabel Bartal schliesst sich diesem Antrag an.



Antrag von Michi Bieri und Isabel Bartal: jährliche Rückstellungen für den Kantonsratswahlkampf von CHF 8'000 auf CHF 10'000 erhöhen. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Das Budget wird - mit dem angenommenen Antrag korrigiert - einstimmig verabschiedet.**

#### **Varia**

- Nächste Termine:
  - 21./22. Juni: SP Crêpes-Stand am Hottingerfest
  - 22. Juni: Sessionsgipfel
  - 5. Juli: Sommerfest auf der Wynegg
  
- Diese und alle weiteren Termine werden laufend auf der Homepage aufgeführt.
  
- Voraussichtlich werden Jacqueline Badran und auch Jean-Daniel Strub im Herbst für den Nationalrat kandidieren. Sie sind auf tatkräftige Unterstützung angewiesen.
  
- Marco Gitermann: In der Kreisschulbehörde gibt es eine Ersatzwahl für einen frei werdenden SVP-Sitz. Diese Wahl ist auch für uns pikant, denn Daniel Bellot, der aus der SP ausgetreten ist, kandidiert für diesen Sitz. Er wurde von der SVP auch aufgenommen. Es gibt ausserdem einen wilden Kandidaten von bürgerlicher Seite, Thomas Baier. Dieser wurde von seiner Partei GLP nicht mehr aufgestellt, weil er als nicht geeignet betrachtet wurde. Marco Gitermann empfiehlt unter den gegebenen Umständen, Daniel Bellot zu wählen.

Der Präsident:

Ivo Bieri

Für das Protokoll:

Eveline Zwahlen

## Jahresbericht Vorstand

# Bericht aus dem Vorstand (2018/2019)

Für den Vorstand startete die Berichtsperiode mit der ersten, konstituierenden Sitzung, welche kurz nach der Generalversammlung (GV) stattfand. Eveline Zwahlen konnte als neues Mitglied (wieder) im Vorstand begrüsst und die Ressortverteilung durchgeführt werden. Ivo Braunschweiger übernahm neu die Verantwortung für die Standaktionen und gab die Betreuung der Delegierten an Eveline Zwahlen ab, welche zudem vom Vorstand auf Vorschlag des Präsidenten als Vizepräsidentin gewählt wurde. Somit ergab sich folgende Ressortverteilung:

- Ivo Bieri: Präsident, Kommunikation und Medien
- Eveline Zwahlen: Vizepräsidentin, Betreuung Delegierte und Neumitglieder
- Paul Sprecher: Finanzen und Mitgliederverwaltung
- Ivo Braunschweiger: Standaktionen, Website und Social Media
- Angelica Eichenberger: Veranstaltungen und Migration
- Dominique Jaussi: Quartierpolitik
- Manon von Heeren: Beisitzerin

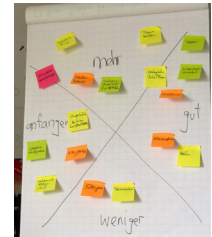


In der Berichtsperiode fanden insgesamt 8 Sitzungen statt. In der Regel alle sechs Wochen. Diskutiert wurden jeweils alle anstehenden Geschäfte wie beispielsweise Veranstaltungen, Wahlen, Abstimmungen sowie Informationen aus anderen Parteigremien wie dem Parteivorstand, Delegiertenversammlungen, Gemeinde- oder Kantonsrat oder dem Sektionstreffen.

## Retraite

Im Mai führte der Vorstand eine Retraite durch. Losgelöst vom Tagesgeschäft analysierten wir die vergangene Arbeit, blickten in die Zukunft und suchten Entwicklungspotential. Dabei wurde

schnell klar, dass wir den bereits eingeschlagenen Weg, verstärkt quartierspezifische Themen aufzugreifen, weiterverfolgen und unsere Präsenz in den Quartieren weiter ausbauen wollen. In einer zweiten Runde nahmen unsere Mandatsträger\*innen teil. Auch hier kristallisierten sich zwei Themenschwerpunkte heraus:



- „Lebendiges Witikon“
  - In Witikon findet immer weniger öffentliches Quartierleben statt. Die Schliessung des Restaurant Elefant (eines der letzten in Witikon) sowie der dazugehörigen Säle für Veranstaltungen verschärfte die Situation weiter. Als SP wollen wir dem entgegenwirken und politische Massnahmen zur Belebung des Quartiers prüfen.
- Stadt vs. Kanton
  - Viele quartierspezifische Themen zeigen den immer häufiger auftretenden Stadt-Kanton-Graben auf, beispielweise Verkehr (Seilbahn, Verkehrsplanung), Service Public (Spitallandschaft, KiSpi) oder das Hochschulquartier.

## Wahlen

2019 finden die Erneuerungswahlen für den Kantonsrat statt. Deshalb startete der Vorstand im Frühling 2018 rechtzeitig die entsprechenden Vorbereitungen. Er setzte eine Findungskommission ein, welche unter der Leitung von Martin Sarbach einen Listenvorschlag erstellte. Eine Mitgliederversammlung im Juli konnte die Liste verabschieden. Mit sechs top motivierten Kandidierenden konnte der Wahlkampf angegangen werden. Auch die Erstellung dieser Liste zeigte leider auf, dass wir jeweils nicht von Interessent\*innen überrannt werden. Es wird weiterhin wichtig bleiben, viel Zeit und Energie in den Nachwuchs zu investieren.





Es ist wichtig, dass die SP auf allen Ebenen mit fähigem und motiviertem Personal vertreten ist. Ich hoffe, dass sich zukünftig vermehrt Leute für ein öffentliches Amt zur Verfügung stellen.

### Kreisschulbehörde

Auf Grund des guten Resultats bei den Gemeinderatswahlen erhielt die SP einen Sitz mehr und ist neu mit sieben Mitglieder in der Behörde vertreten. Mit Andrea Scholian (SP 1/2), Thomas Eichenberger sowie Fredi Schnider (beide SP 7 und 8) wurden drei neue Personen ins Gremium gewählt. Eine starke linke



Fraktion ist in der neuen Konstellation wichtig. Leider gelang es dem Kandidaten der Grünen, Ralf Margreiter, in zwei Wahlgängen nicht, die Mehrheit der Wähler\*innen von seiner Kandidatur als Schulpräsident für den Schulkreis Zürichberg zu überzeugen.

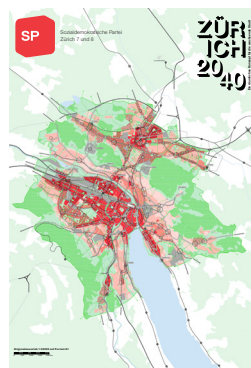
Als Sektion haben wir die Kandidatur einstimmig finanziell und mit aktiver Unterstützung an Standaktionen unterstützt. Mit Roger Curchod steht nun auch weiterhin ein klar bürgerlicher Kandidat der Schulbehörde vor.

Traditionsgemäss hätte die linke Fraktion bei einem bürgerlichen Präsidium das Vizepräsidium stellen können. Anfang 2019 fanden diese Gespräche innerhalb der Kreisschulbehörde statt. Doch leider konnte die linke Fraktion keine Kandidat\*in präsentieren, so dass nun das Vizepräsidium mit Caroline Fiala (FDP) bürgerlich besetzt ist. Jedoch wurde Thomas Eichenberger einstimmig zum Einzelbereichsverantwortlichen für die Mitarbeitendenbeurteilung gewählt und nimmt somit in der Geschäftsleitung Einsitz.

### Veranstaltungen

Im Berichtsjahr wurden diverse Veranstaltungen durchgeführt. Zum einen interne wie beispielsweise das traditionelle Sommerfest auf der Wynegg und der Chlaushöck im GZ Riesbach.

Auch der Neumitgliederanlass war wiederum sehr gut besucht und es war sehr erfreulich, viele neue und junge Gesichter anzutreffen. In gemütlicher Atmosphäre konnten sich die Neumitglieder sowie unsere Mandatsträger\*innen besser kennenlernen. Diese Art von Anlässen ist wichtig und stärkt den Zusam-



menhalt unter den Mitgliedern.

Es wurden aber auch thematische und öffentliche Veranstaltungen organisiert. Neben den Sessionsgipfeln und unserer Teilnahme am Riesbachfest waren dies Veranstaltungen zum neuen Richtplan, zur ZüriBahn der ZKB (Seilbahn über das Seebecken) oder zum Projekt „Zürich mitgestalten“, wo wir das Initiativprojekt eines Zukunftsfonds vorstellten. Helen Glaser und Jean-Daniel Strub führten bereits zum zweiten Mal erfolgreich ihren Gemeinderats-Apéro durch, an welchem sie interessierte Mitglieder über die Arbeit im Rat informieren.



Auch auf der Strasse waren wir häufig präsent. So organisierte Ivo Braunschweiger als Standverantwortlicher Standaktionen vor Wahlen und Abstimmungen und organisierte Personen für die Quartierumfrage bei den Wähler\*innen vor Ort oder am Telefon.

Die Organisation von Veranstaltungen ist immer mit viel zeitlichem und auch finanziellem Aufwand verbunden. Insofern ist es schade, dass die Beteiligung der Mitglieder teils zu wünschen übrig lässt. Die Veranstaltungen werden als Informationsangebot organisiert. Wenn dann jedoch lediglich fünf Besucher\*innen kommen, sinkt die Motivation im Team für weitere Veranstaltungen. Die Suche nach Gründen ist schwierig und häufig sind es verschiedene Faktoren. Hier muss sicherlich eine vertiefte Debatte über zukünftige Formate stattfinden. Der Vorstand ist jedoch auf das Mitwirken oder das Feedback aller Mitglieder angewiesen. Was für Veranstaltungen oder Themen sind gewünscht? In welcher Häufigkeit sollen diese stattfinden? Wenn wir uns mit diesen Fragen beschäftigen, werden wir sicherlich ein attraktives Angebot zusammenstellen und den politischen Diskurs fördern können.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen sowie allen Mitgliedern, welche unsere Arbeit im vergangenen Jahr tatkräftig unterstützt haben, herzlichst bedanken. Es ist schön zu sehen, dass wir gemeinsam für ein soziales und solidarisches Zürich kämpfen. Ein Zürich für Alle statt für Wenige!

Im Februar 2019, Ivo Bieri





Jahresbericht Gemeinderat

## Bericht aus dem Gemeinderat 2018/2019

Im diesjährigen Jahresbericht aus dem Gemeinderat beleuchten wir zuerst einige organisatorische Aspekte, u. a. in Zusammenhang mit dem Beginn der neuen Legislatur. Anschliessend berichten wir von behandelten Geschäften und Vorstössen, von denen wir annehmen, dass sie von allgemeinem Interesse sind, und/oder die unseren Wahlkreis betreffen. Wir freuen uns, euch damit einen Einblick in unsere Arbeit im Gemeinderat zu ermöglichen.

### Organisatorisches

Im Mai 2018 fiel der Startschuss für eine neue Legislatur: Neuer Ratspräsident wurde Martin Bürki (FDP), 1. Vize Heinz Schätt (SVP) und 2. Vize Helen Glaser (SP). Somit ist endlich wieder eine Frau auf dem «Bock». Unsere Gemeinderäte/rätinnen sind in den folgenden Spezialkommissionen vertreten: Jean-Daniel hat das Präsidium der Spezialkommission Schul- und Sportdepartement, Marianne hat in die Spezialkommission Industrielle Betriebe/ Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gewechselt, Joe ist weiterhin in der Spezialkommission Gesundheit und Umwelt, in der auch Helen neben dem zweiten Vizepräsidium für ein Jahr Einsitz nimmt.

Auch der Stadtrat setzt sich seit dem letzten Mai neu zusammen: Karin Rykart (Grüne, Sicherheitsdepartement), Andreas Hauri (GLP, Gesundheits- und Umweltdepartement) und Michael Baumer (FDP, Departement der industriellen Betriebe) haben sich neu dabei. Richard Wolff (AL) wechselte ins Tiefbau- und Entsorgungsdepartement und Filippo Leutenegger (FDP) wurde Vorsteher des Schul- und Sportdepartements. Insgesamt scheint der neu zusammengesetzte Stadtrat konstruktiv zusammenzuarbeiten, auch die drei neuen Köpfe leisten bisher insgesamt seriöse Arbeit.

Mit der neu deutlichen Links-Grün-Mehrheit im Rat hat sich das Politisieren und Debattieren in der neuen Legislatur verändert. Die SP hat nun verschiedenste Möglichkeiten, Mehrheiten zu bilden (SP-Grüne-AL, SP-Grüne-GLP, SP-FDP usw.). So bringen wir eigentlich alle unsere Anliegen durch. Dennoch ist es uns ein Anliegen, mit den anderen Parteien – auch den bürgerlichen – Kompromisse zu schmieden und aufeinander zuzugehen, um möglichst breit abgestützten Mehrheiten zustande zu bringen. Mit der FDP ist dies nicht immer einfach (mit der SVP sowieso nicht), unter anderem weil die Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat gerade umgekehrt sind und sie wissen, dass sie dort in verschiedenen Bereichen Druck auf die Stadt ausüben können. Es ist immer wieder viel politisches und zwischenmenschliches Geschick gefragt, um die «Angriffe» zu parieren und dafür zu sorgen, dass es der Stadtbevölkerung weiterhin gut geht und sich die Bedingungen nicht verschlechtern.

Noch in der letzten Legislatur kam von SP-Seite ein Antrag, die Gemeinderatssitzungen auf den Donnerstag zu legen. Damit hätte eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik erreicht werden sollen. Da die Abklärungen im Dezember ergaben, dass es während den Budgetdebatten der verschiedenen Nutzenden des Rathauses zu organisatorischen Engpässen kommen würde, wurde der Antrag im Verlauf dieses Jahres abgeschrieben.

### Verkehr

Das Thema Verkehr ist nach wie vor eines der zentralsten Themen der SP. Hier haben wir regelmässig dafür gesorgt, dass Vorstösse zur Verbesserung der Verkehrssituation überwiesen wurden. Ein paar Beispiele:

- Ein Postulat der GLP verlangte, einen Pilotversuch zu starten, bei dem es Velos erlaubt sein soll, bei Rechtsabbiegen Stopp-Schilder, «Kein-Vortritt»-Zeichen und rote Ampeln zu überfahren. Auf rot-grüner Seite war die AL wegen Sicherheitsbedenken dagegen, die Grünen beschlossen Stimmfreigabe. Mit unserer Unterstützung



und einem Teil der Grünen wurde das Postulat dennoch überwiesen. Das Thema hat in den Medien bis hin zur eidgenössischen Unfallverhütungswelle (BfU) Wellen geworfen.

- Die Grünen hatten eine Motion eingereicht, die verlangte, dass die Zürcher Innenstadt für Fussgängerinnen und Fussgänger und für Velos attraktiver gemacht werden und der Zähringerplatz parkplatzfrei werden soll. Dies hätte bedeutet, den historischen Parkplatzkompromiss aufzukündigen. (Zur Info: Den Kompromiss von 1996 hatten SP und FDP dazumal abgeschlossen. Er besagt, dass in der Innenstadt Parkplätze, die aufgehoben werden, in vernünftiger Distanz ersetzt werden müssen.) Die SP brachte eine Textänderung ein, die die konkrete Aufhebung der Parkplätze am Zähringerplatz nicht mehr vorsah, da wir den Kompromiss nicht aufkündigen wollen. Wir sind vielmehr der Meinung, dass er sich weiterentwickeln soll. Ob die rechte Ratsseite sich auf das Gespräch einlassen wird, werden wir sehen.
- Eine Motion der GLP verlangte, dass die Parkplatzgebühren dahin gehend angepasst werden sollen, dass Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen gegen eine jährliche Gebühr auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen parkiert werden dürfen. Die SP ergänzte den Vorstoss mit einer Textänderung, die verlangt, dass das Parkieren solcher Autos nur in der blauen Zone erlaubt sein soll, dass auf eine angemessene Gebühr zu achten ist und der durch das Carsharing reduzierte Flächenverbrauch entsprechend kompensiert werden muss. Der Vorstoss wurde so überwiesen.
- Ein Postulat der Grünen verlangte ein neues Verkehrskonzept für den Zoo und den ÖV sowie den Schutz der Quartierbevölkerung in der Umgebung des Zoos vor übermässigem motorisierten Individualverkehr. Die heutige Situation mit den vielen parkplatzsuchenden Privatautos muss dringend verbessert werden.

Neben den Vorstössen ist da noch die ZKB-Bahn, über die auch die Medien regelmässig berichten und gegen die sich der Quartierverein Riesbach vehement einsetzt. Auch die SP 7 und 8 hat im Januar beschlossen, dass sie das Projekt ablehnt. Der Gemeinderat debattierte diesbezüglich einen Beschlussantrag der Grünen und der AL gegen die Seilbahn. Der Antrag wurde schliesslich mit einer klaren Mehrheit gutgeheissen. Auch wenn die darin formulierte Aufforderung an den Stadtrat, sich gegen die Seilbahn einzusetzen, nicht verbindlich ist, ist es wohl doch ein klares Zeichen an die ZKB, die notabene die Debatte von der Tribüne aus mitverfolgte. Die Gegnerinnen und Gegner organisieren sich auch verschiedensten Ebenen. Dennoch: Die ZKB hält weiterhin an ihrem Projekt fest – die Sache ist noch nicht ausgesessen ...

Schliesslich ist da noch die Volksinitiative der Juso «Züri autofrei». Sie wurde nach der Einreichung vom Bezirksrat für ungültig erklärt, weil dieser der Ansicht war, sie verstosse gegen übergeordnetes Recht. SP, Grüne und AL entschieden in der Folge im Rat, die Sache ans Verwaltungsgericht weiterzuziehen, damit das Volk über das Thema entscheiden kann. Das Verwaltungsgericht hiess die Beschwerde in der Folge gut, worauf die Gegenpartei beim Bundesgericht aufschiebende Wirkung zum Entscheid über die Gültigkeit der Initiative beantragte. Das Bundesgericht hat die beantragte aufschiebende Wirkung jedoch abgelehnt. So ist nun der Stadtrat gefordert, sich inhaltlich mit der Initiative auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat einen Antrag zu unterbreiten.

## **Wohnen**

Im Bereich Wohnen waren vor allem zwei Motionen von grundlegender Tragweite:

- Mit der einen Motion verlangten SP, Grüne und AL vom Stadtrat einen kommunalen Wohnraumfond. Der Fonds soll mit zinsgünstigen oder unverzinslichen Darlehen und Abschreibungsbeiträgen den Kauf von Bau-land und Liegenschaften in der Stadt durch gemeinnützige Wohnbauträger fördern. Er soll mit 50 Mio. Franken dotiert und jährlich mit 10 Mio. Franken geäufnet werden, allerdings nur in den Jahren, in denen die Rechnung der Stadt Zürich keinen Bilanzfehlbetrag ausweist. Der Fonds soll in der Gemeindeordnung verankert werden. Dagegen waren – wen wundert's – FDP und SVP. Die GLP und EVP haben dem Fonds auch zugestimmt.
- Mit einer zweiten Motion verlangten wir, dass der Stadtrat die Kompetenz erhält, zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben Grundstücke und Liegenschaften selbstständig (d. h. ohne Konsultation des Gemeinderats) zu kaufen. Hintergrund dieser Forderung sind die sogenannten «Gammelhäuser», die der Stadtrat mit der Begründung der Dringlichkeit gekauft hatte, was vom Verwaltungsgericht in der Folge bemängelt wurde. (Die Bürgerlichen hatten gegen den Kauf eine Beschwerde eingereicht). Der Gemeinderat hatte den Kauf nachträg-



lich abgeseget. Mit der Motion soll diese unnötige Schlaufe künftig vermieden werden.

## Finanzen

Bei den Finanzen hatten wir einerseits die Rechnung und das Budget zu verabschieden. Andererseits gab es verschiedene finanzpolitische Geschäfte, von denen wir hier eines herauspicken:

- Die Rechnung 2017 der Stadt Zürich schloss mit einem Plus von 152 Mio. Franken erfreulich gut ab. Die Stadt verfügt damit über ein Eigenkapital von 1168 Millionen Franken. Entwarnung können wir trotzdem keine geben: Es stehen weiterhin Herausforderungen wie die Steuerreform III an. Wer mehr dazu wissen will, kann die Fraktionserklärung der SP lesen.
- Der wichtigste «Posten» des Jahres war das Budget 2019. Da deutlich weniger Anträge vorlagen und ausgemacht war, die Redezeit kürzer zu halten, waren wir in zwei langen Tagen durch. Für uns erfreulich war natürlich, dass das Budget dieses Jahr dank der rot-grünen Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat nach unserem Gusto ausfiel. Alle anderen Parteien, ausser der SVP stimmten ebenfalls zu. Wiederum: Wer mehr dazu wissen möchte, lese die Fraktionserklärung der SP.
- Wir schickten eine Motion der Grünen und der SVP bachab, die aus unterschiedlichen Gründen wollten, dass die Stadt ihren Aktienanteil an der Flughafen Zürich AG verkauft: die Grünen argumentierten mit den negativen ökologischen Aspekten des Flughafens, der SVP war das finanzielle Risiko ein Dorn im Auge. Der Ratsmehrheit war es aber wichtig, dass die Stadt ein Mitspracherecht behält, auch wenn sie nur eine kleine Minderheit der Aktien besitzt.

## Gesundheit, Alter

Das Thema Alter und Gesundheit wird je länger je wichtiger. Einerseits geben die Stadtspitäler zu reden, andererseits ändern sich die Wünsche der älteren Bevölkerung, was die Wohnform und das Pflegeangebot im Alter angeht. Der neue Departementsvorsteher Andreas Hauri hat das Thema engagiert und zielgerichtet an die Hand genommen und ist darum bemüht, dass die Stadtspitäler auch 2022 mit guten und sinnvollen Leistungsaufträgen auf der Spi-talliste bleiben und dass das Wohnen zu Hause im Alter mit der entsprechenden medizinischen Unterstützung gefördert wird. In diesem Zusammenhang gab es an einer Ratssitzung im Januar eine Altersstrategie-Debatte, in der verschiedene Vorstösse überwiesen wurden. Zudem möchten wir einen Vorstoss erwähnen, der die Situation der Sans-Papiers verbessert. Weisungen gab es im Gesundheitsbereich wenige in diesem Jahr, da in verschiedenen Bereichen zwar viel läuft, die Entscheide jedoch nicht in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, so zum Beispiel die Alters- und die Spitalstrategie. Hier können wir nur mittels Vorstösse unseren Input einbringen. Andreas Hauri informiert die SK GUD jedoch regelmässig über den Stand der Dinge, was sehr geschätzt wird. Gerade wurde die neueste Angebotsstrategie präsentiert. Wer mehr dazu wissen möchte kann die Medienmitteilung der SP dazu lesen.

- Wie erwähnt war eine ganze Doppelsitzung der Altersstrategie gewidmet. In einer lebendigen Debatte wurden Forderungen von links bis rechts überwiesen:
  - die heutige Altersstrategie soll aktualisiert und dabei alle Leistungserbringer sollen mit einbezogen werden; Ziel ist es, dass alle – unabhängig vom Geld – im Alter die Wohnform wählen können, die sie möchten; gleichzeitig soll der Stadtrat in einem Bericht die finanziellen Auswirkungen der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin zum Wohnen zu Hause darlegen.
  - Die Plätze in den Alters- und Pflegezentren sollen der Nachfrage gemäss geplant und allfällige Überkapazitäten anders genutzt werden (z. B. in Alterswohnungen umzugestalten).
  - Es sollen mehr Alterswohnungen zur Verfügung gestellt werden.
  - Der Stadtrat soll mit privaten gemeinnützigen Institutionen zusammenarbeiten.
  - Die Beratung und die Dienstleistungen sollen dezentral in den Quartieren angeboten werden.
  - Der Stadtrat soll einen Stellenpool mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters-und Pflegezentren schaffen.
- Und dann war noch der erwähnte Vorstoss zugunsten der Sans-Papiers: Die SP half mit, eine Motion der Grünen zu überweisen, die verlangte, dass der Stadtrat ein Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von



Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben (konkret: Sans-Papiers) nach dem Vorbild des Genfer Modells CAMSCO vorlegt.

## Sport

Neben der Hardturmstadion-Abstimmung – zu der wohl alles schon gesagt oder geschrieben wurde und die wir hier daher nicht mehr weiter ausführen – waren vor allem zwei Vorstösse von grösserer Bedeutung:

- Eine satte Ratsmehrheit hat ein Postulat von Marianne Aubert und Marco Denoth überwiesen, das den Stadtrat bittet zu prüfen, wie für Freizeit und Sport auch im Winterhalbjahr mehr Wasserfläche bereitgestellt werden kann. Dies könnte durch ein neues Hallenbad oder auch durch Traglufthallen über bestehenden Sommerschwimmbädern erreicht werden.
- Wir haben einen Kredit von 7, 8 Mio. gesprochen, damit Zürich sich als Standort für die Rad-Strassen-Weltmeisterschaft 2024 bewerben kann. Ob Zürich vom nationalen Radsportverbands (Swiss Cycling) den Zuschlag als Standort erhalten wird, bleibt abzuwarten, ebenso, ob sich der Bund und der Kanton ebenfalls mit je mindestens 2.5 Mio. an der Veranstaltung beteiligen werden; diese beiden Bedingungen sind Voraussetzung, damit die Veranstaltung dannzumal in Zürich stattfinden wird.

## Verwaltung und Gesellschaft

Auch die Verwaltung und die gesellschaftlichen Strukturen veranlassten uns regelmässig, über Veränderungen nachzudenken und gegebenenfalls Anpassungen zu fordern:

- Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Volksinitiative 7 statt 9, die glücklicherweise ja erfolglos blieb, überwies der Rat einstimmig (!) ein Postulat von SP, Grünen und AL, das vom Stadtrat verlangt, dem Gemeinderat einen Bericht zur Reorganisation der Verwaltung vorzulegen. Trotz Ablehnung der Initiative waren doch alle der Meinung, dass eine Reorganisation der Stadtverwaltung in gewissen Bereichen zumindest geprüft werden muss.
- Weiter haben wir eine Motion von SP, Grünen und AL überwiesen, die verlangt, dass eine städtische Identitätskarte (Züri City Card) für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner eingeführt wird, mit der sich alle ausweisen können, ohne ihre Nationalität und ihren Aufenthaltsstatus preisgeben zu müssen. So könnten sich künftig z. B. auch Sans-Papiers bei einer Kontrolle ausweisen. Eine ähnliche Karte gibt es z. B. schon in New York.
- Die SP unterstützt die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Schule und in der Politik. Wir verlangten vom Stadtrat daher eine rechtliche Grundlage und umsetzbare Projekte. Unter anderem wurde dieses Jahr – auf Initiative des Ratspräsidenten – zum ersten Mal eine Schülerdebatte durchgeführt, an der sich verschiedene Oberstufenklassen beteiligten. Aufgrund der regen Teilnahme und der positiven Reaktionen soll das Projekt weitergeführt werden.

## Schule

Die Schule und die familienergänzende Kinderbetreuung sind immer wieder Anlass für Vorstösse, auch wenn v. a. bei der Betreuung schon vieles verbessert wurde. Wir beschreiben hier kurz zwei Anliegen, die an einer schulpolitischen Ratsdebatte Thema waren:

- Eine wichtige Motion aus der Feder von Jean-Daniel Strub verlangte eine Vorlage zur Reorganisation der Schulbehörden in der Stadt Zürich. Damit soll das Fundament für eine zukunftsfähige Organisations- und Führungsstruktur der Stadtzürcher Volksschule gelegt werden. Oberster Grundsatz dieser Reorganisation ist eine starke demokratische Verankerung. Es gilt zu klären, wie die Funktionen und die Kompetenzen der einzelnen Behördenebenen (Kreisschulbehörden, Schulpflege, Stadtrat) und die entsprechenden Führungs- und Aufsichtsstrukturen aussehen sollen. Ein weiteres Ziel besteht darin, das Aufgabenportfolio der Kreisschulbehörden so auszugestalten, dass die Funktion auch künftig für gewählte Mitglieder der Laienbehörde attraktiv und qualifizierend ist.
- Ebenfalls überwiesen wurde ein Postulat der AL, das eine Anpassung der Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung verlangt. Angepasst werden sollen die Tarife, die An-, Abmelde- und Kündigungsmöglichkeiten sowie längere Betreuungszeiten am Abend bis 19 Uhr oder länger.



---

## Wirtschaft, Gewerbe

Auch wenn dieses Thema nicht immer im Brennpunkt steht, sind insbesondere KMU und die Restaurationsbetriebe immer wieder mal auf unserer Tagesordnung:

- So überwies der ganze Rat – mit Ausnahme der GLP – ein etwas schwammiges Postulat der SVP, das Unterstützung für Gewerbebetriebe, insbesondere Kleingewerbetreibende, bei einschränkenden städtischen Bauprojekten fordert. Dabei geht es um Massnahmen zur Unterstützung von KMUs, bei denen durch städtische Bauarbeiten oder dergleichen der Betrieb während mehr als einem Monat behindert oder gestört wird.
- Weiter stimmten wir einem Objektkredit von 18,5 Mio. CHF für einen Ersatzneubau für die Fischerstube zu. Der Baubeginn ist für das 4. Quartal 2019 geplant, das Bauende für Frühling 2021.

---

## Kultur

Hier gab vor allem die anstehende Renovation des Schauspielhauses zu reden:

- Wir halfen mit, eine Motion der AL und der SVP zum Thema «Sanierung des Schauspielhauses» zu überweisen, allerdings unter der Bedingung, dass sie einer Textänderung von uns zustimmten. Das taten sie. Der Grund für den Vorstoss war, dass das Schauspielhaus aus baulichen, sicherheitstechnischen und betrieblichen Gründen saniert werden muss. Der emotionale Streitpunkt war der Plan des Stadtrats, die Bühne und den Zuschauerraum, den viele als historisch wichtig betrachten, abzureissen. Die Motion wollte, dass dies verhindert wird. Die erwähnte Textänderung von Jean-Daniel Strub verlangte hingegen eine Auslegeordnung für verschiedene Umbauvarianten. Die Diskussion war schon in der Fraktion emotional, im Rat dann gleich nochmals – verständlicherweise. Sicher ist laut Stadtrat, dass das Schauspielhaus eine Guckkastenbühne bleiben und nicht zu einem zweiten Schiffbau werden wird.

Marianne Aubert und Helen Glaser, im März 2019



Jahresbericht Kantonsrat

## Bericht aus dem Kantonsrat (2018/2019)

Im Ratsjahr 2018/2019 vertraten Isabel Bartal und Eva-Maria Würth die SP Zürich 7 und 8 im Kantonsrat

Das Jahr 2018 war für die Linke im Kantonsrat ein Jahr des Widerstands. Die beiden grossen Parteien waren sich oft einig und peitschten Vorlage für Vorlage durch den Rat. Wenn dann von linker Seite das Referendum ergriffen worden ist, hat das Volk meist in ihrem Sinne entschieden und die Vorlage zurück an den Regierungsrat geschickt. So war das Ratsjahr 2018 geprägt vom bürgerlichen Durchmarschieren und linken Referendumsgewinnen.

Der Wahl-Schock vom 4. März 2018 mit linken Sitzgewinnen in vielen Gemeinden und Städten im Kanton Zürich sass tief bei der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat. Anstatt den Denkmittel ernst zu nehmen, zogen sie die politische Schraube noch mehr an. Speziell zeigte sich dies in ihrem Kampf gegen die Städte Zürich und Winterthur zum Beispiel in der Verkehrspolitik: So wollen die Bürgerlichen die Kompetenzen der Städte Zürich und Winterthur bezüglich Kantonsstrassen massiv beschneiden – insbesondere im Bereich der Signalisationskompetenzen. Beim Rosengartentunnel ignorierten die Bürgerlichen die Interessen der Stadt Zürich. In langer Arbeit haben Stadt und Kanton Zürich gemeinsam ein Projekt erarbeitet, welches Rücksicht nehmen soll auf die Bedürfnisse der Stadt. Dies sowohl städtebaulich als auch verkehrstechnisch. So wurde insbesondere sichergestellt, dass kein Mehrverkehr für die unmittelbare Nachbarschaft entsteht. Doch die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hatte kein Gehör und hat die Vorlage entschieden verschlechtert. So wurde im Kantonsrat ein Spurausbau beschlossen sowie die Deckelung des täglichen Verkehrs und die Abklassierung der oberirdischen Rosengartenstrasse nicht gesetzlich verankert. Entsprechend haben rotgrüne Parteien und Verbände bereits das Referendum angekündigt und im Herbst 2019 wird es einen intensiven Abstimmungskampf geben.

Das grösste Trauerspiel folgte mit der Kasernenvorlage. Seit der Polizei- und Justizzentrumsabstimmung im Jahr 2011 ist klar, dass die Kantonspolizei ca. 2021 die Polizei- und Militärkasernen in Richtung Polizei- und Justizzentrum an der Hohlstrasse verlassen wird. Entsprechend begannen die Stadt Zürich und der Kanton Zürich 2012 den Masterplan für das künftige polizeifreie Kasernenareal zusammen mit der Bevölkerung zu erarbeiten. Der Masterplan sieht vor, dass die Stadt die Zeughäuser im Baurecht und die Kasernenwiese als Nutzleihe übernimmt. Dabei wurde vereinbart, dass sich der Kanton mit 30 Millionen Franken an den Sanierungskosten von ca. 55 Millionen Franken beteiligt, weil er die Zeughäuser in den letzten Jahrzehnten verlottern liess. Im Januar kam es dann zum Showdown im Kantonsrat und die bürgerliche Mehrheit versenkte die Vorlage alternativlos nach sechs Jahren intensiver Arbeit. Seitens SP-Fraktion werden wir uns dafür einsetzen, dass die Vorlage bald wieder in den Kantonsrat kommen wird, da sie mit den neuen Mehrheitsverhältnissen unbestritten sein dürfte.

Die überbordende Machtdemonstration der Bürgerlichen führte 2018 de facto zu einer Null-Entwicklung. Die wichtigsten Verschärfungen konnten an der Urne verhindert werden. So unterlagen die Bürgerlichen im Juni mit ihrer Sparvorlage beim öffentlichen Verkehr klar und deutlich: Keine Zürcher Gemeinde hat der Verkehrsfonds-Plünderung zugestimmt! Gleich ging es beim Wassergesetz und dem Hundegesetz im Februar 2019. Auch hier hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat ohne Rücksicht auf Verluste ihre Interessen durchgeboxt. Dies wurde von der Stimmbevölkerung nicht goutiert und sie hat beide Vorlagen bachab geschickt. An Hand des Wassergesetzes lässt sich das Agieren der Bürgerlichen im Kantonsrat exemplarisch aufzeigen: Während der Regierungsrat ein relativ moderate Vorlage vorlegte, verschärfte und verunstaltete diese die bürgerliche Mehrheit in der Kommissionsarbeit. Dies veranlasste die Linke, die Vorlage abzulehnen. Insbesondere war sie gegen die Privatisierung des Trinkwassers, die Verbauung von Gewässern und die Blockierung des Seezugangs.



In einigen Bereichen konnten wir Seitens SP aber auch aktiv etwas im Kantonsrat verändern: Den Schiffsfünfliber schaffte die Regierung auf Druck von linker Seite nach einem Jahr wieder ab, nachdem sich ein drastischer Passagierrückgang einstellte. Beim Taxigesetz erreichte eine unheilige Allianz zwischen SVP und SP, dass Taxifahrer weiterhin als Angestellte mit Sozialleistungen gelten und nicht durch online Anbieter (primär UBER) als Scheinselbständige ausgenutzt werden dürfen.

Im letzten Jahr war im Kernbereich der Steuer- und Finanzpolitik die Steuervorlage 17 die wichtigste Vorlage. Sie ist die Nachfolgevorlage der Unternehmenssteuer III auf kantonaler Ebene. Hier hat es der Kantonsrat leider verpasst, die grössten Steuerausfälle bei den Unternehmensgewinnsteuern abzufedern. De facto ist die Vorlage ein grosser Blindflug bezüglich Steuersubstratsverlust, da die Steueroptimierungsinstrumente neu nicht mehr nur den privilegiert besteuerten sondern allen Unternehmen zur Verfügung stehen. Ein Ausfall von 12.5% der Unternehmensgewinnsteuereinnahmen wird erwartet, da der Gewinnsteuersatz von 8 auf 7 Prozent gesenkt wird. Die weiteren Steuerausfälle sind unklar und noch nicht bezifferbar. Vor diesem Hintergrund erscheint es zynisch, dass Regierungsrat Ernst Stocker eine weitere Steuersenkung in Aussicht stellt.

Erfreulich war beim Budget 2019, dass wir mit den Bürgerlichen eine Einigung erzielen konnten, so dass die vom Regierungsrat vorgeschlagene Teuerung beim Staatspersonal sowie minimale Einmalzulagen und individuelle Lohnerhöhungen nicht gekürzt worden sind. Die jahrelange Mahnung, dass man nicht immer beim Personal kürzen darf, hat Wirkung gezeigt.

Verhindert wurde von den Bürgerlichen in der Budget- und KEF-Debatte (Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan) auch die längerfristige Sicherung der Kulturförderfinanzierung ab dem Jahr 2022. Sämtliche dahingehende Anträge der SP und der Grünen wurden abgelehnt und es wurde auf die anstehende Debatte zur Lotteriefondsvorlage verwiesen. Will die kantonale Kulturförderfinanzierung gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden, braucht es eine solide Finanzierung, die auf zwei Säulen beruht: aus Staatsmitteln und Lotteriefondsgeldern.

Um dem Thema Kultur SP-intern den nötigen Stellenwert zu verleihen, hat die Delegiertenversammlung des Kantons Zürich im Herbst der Gründung der Kulturkommission der SP Kanton Zürich zugestimmt. Das Ko-Präsidium haben Eva-Maria Würth und Stefan Weber-Aich inne.

Das Ratsjahr endete mit dem intensiven Kantonsrats- und Regierungsrats-Wahlkampf, bei dem Jacqueline Fehr und Mario Fehr erfolgreich in ihrem Amt bestätigt worden sind. Leider hat die SP 7 und 8 rund 2 Prozent Wähleranteil im Wahlkreis verloren, der dazu führte, dass wir den 2. Sitz von Eva-Maria Würth verloren haben.

Für Isabel Bartal gilt es den Blick nach vorne zu richten: Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat versprechen mit dem Linksrutsch eine spannende Legislatur, auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den drei linken Regierungsräten.

Zürich, April 2019



Jahresbericht Schulbehörde

## Jahresbericht 2018/2019 der linken Fraktion der Kreisschulbehörde Zürichberg

Das vergangene Jahr war natürlich geprägt durch die Neuwahlen der Behörde, die übrigens nicht mehr Schulpflege heisst, sondern neu Kreisschulbehörde, was eigentlich schade ist, denn ich war gerne «Schulpfleger» und bin heute nur noch «Behördenmitglied».

Aber zurück zu den Wahlen: Nachdem die Kandidatin der FDP im ersten Wahlgang abgeschlagen zurück lag und der Grüne Ralf Margreiter das beste Resultat erzielt hatte, gelang es Ralf nicht, den zweiten Wahlgang für sich zu entscheiden. Der parteilose, aber bürgerliche Roger Curchod gewann die Wahl und ist seit Sommer 2018 neuer Schulpräsident des Schulkreises Zürichberg. Daneben wurden von 25 Behördenmitglieder deren 11 neu gewählt und mussten sich in das neue Amt einarbeiten.

Bemerkenswert ist, dass sich vermehrt wilde Kandidatinnen und Kandidaten um Sitze in der Behörde bewerben – und dann auch noch gewählt werden. Die Parteien können sich nicht mehr auf die Empfehlung der IPK verlassen, sondern müssen immer damit rechnen, einen aktiven Wahlkampf zu führen.

Für die linke Fraktion unbefriedigend verlief die Besetzung des Vizepräsidiums. Dieses steht traditionsgemäss der Fraktion zu, die nicht das Präsidium besetzt, in diesem Fall also uns. Leider gelang es mir nicht, ein Mitglied unserer Fraktion von einer Kandidatur zu überzeugen. Entweder konnten sie den Zusatzaufwand nicht auf sich nehmen oder sie wollten nicht gleich als Neulinge dieses wichtige Amt übernehmen. Somit wurde in der letzten Plenarversammlung Caroline Fiala (FDP) zur Vizepräsidentin gewählt. Für uns offenbarte sich ein Personalproblem, das sich in Zukunft noch verschärfen dürfte: Wir haben einige altgediente Mitglieder, die vermutlich nicht mehr zur nächsten Wahl antreten werden (dazu zählt auch der Schreibende). Es ist an uns allen dafür zu sorgen, dass wir uns frühzeitig um Nachwuchs kümmern, damit wir in der nächsten Legislatur nicht vor ähnlichen Fragen stehen.

Inzwischen – und das sei nicht unerwähnt – hat sich die Behörde in ihrer neuen Zusammensetzung gefunden und alle Mitglieder haben ihre Arbeit erfolgreich aufgenommen. Wir dürfen immer noch Schulen betreuen, die grossmehrheitlich ausgezeichnet funktionieren und in denen hervorragende Arbeit geleistet wird.

Wie immer schliesse ich den Jahresbericht mit einem herzlichen Dankeschön an die Mitglieder der linken Fraktion für ihre engagierte und kooperative Mitarbeit.

15. März 2019, Marco Gitermann